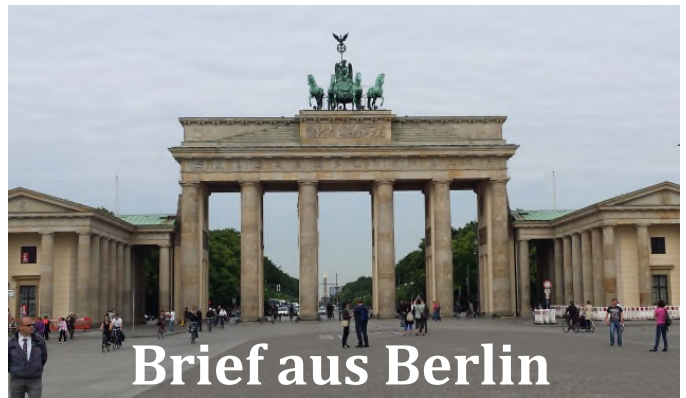




Michael Donth
Mitglied des Bundestages



Nr. 15 - 29. Juni 2018

I. Die politische Lage in Deutschland

Gemeinsam aus schwieriger Lage herausfinden.

Wir alle wissen, dass wir in einer schwierigen Lage in der Union sind. Die letzten zwei Wochen waren intensiv für uns, geprägt von Diskussionen untereinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern aus unseren Wahlkreisen. Wir sind uns bewusst, dass uns noch schwere Tage bevorstehen.

Innerhalb der Union sind wir uns in den Zielen einig: Wir wollen Migration steuern und ordnen und die Zahl der kommenden Flüchtlinge über das schon erreichte Maß weiter reduzieren. Wir sind uns auch einig, dass der Versuch der Bundeskanzlerin richtig ist, bi- oder multilaterale Absprachen mit denjenigen EU-Mitgliedstaaten zu treffen, die von der Migrationsbewegung besonders betroffen sind. Wir alle wollen, dass nicht Schlepper oder Flüchtlinge den EU-Staat aussuchen, in dem ein Asylantrag gestellt wird. Eine nachhaltige Lösung der Migrationsfrage werden wir am besten gemeinsam mit unseren europäischen Partnern erzielen können. Entscheidend ist, dass weniger Flüchtlinge in die EU kommen, wir wollen ihnen stattdessen in den Herkunfts- und Transitstaaten helfen. Das ist eine Herkulesaufgabe, bei der wir seit 2015 schon viel erreicht haben, bei der wir aber mehr erreichen müssen.

Diese Ziele einen uns, bei der Frage nach den richtigen Maßnahmen sind wir bei fast allen einig. Jede Anstrengung, jede Mühe lohnt, diese Ziele gemeinsam umzusetzen und so unserem Land zu dienen. Das können wir am

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach der absolut aufgeheizten und mehr als spannungsgeladenen Stimmung in der vergangenen Sitzungswoche ist diese Woche wieder etwas mehr Ruhe und Pragmatismus eingekkehrt. Von beiden Seiten von CDU und CSU war der Wille zu spüren, eine gemeinsame Lösung für eine gemeinsame Zukunft zu finden. Nach allem, was man heute aus den Nachrichten entnehmen kann, scheint sich der europäische Rat gestern auf einen weiteren guten Schritt zur gemeinsamen Lösung des Flüchtlingsproblems verständigt zu haben. Das ist erstmal eine sehr gute Nachricht!

Obwohl man den Eindruck gewinnen kann, wir würden uns um nichts anderes mehr kümmern als um die Flüchtlingsfrage und um den Streit in der Union, geht die Sacharbeit davon ungestört weiter. Wir können das gute Ergebnis für Familien, die ein Häusle bauen oder eine Wohnung kaufen wollen, verkünden: Das Baukindergeld kommt zum 1. Januar 2018 – und zwar ohne Begrenzung der Wohnungsgröße.

Gestern kam noch die gute Nachricht für Reutlingen: Über 14 Millionen Euro gibt der Bund für eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Das sind nur zwei ganz konkrete Beispiele.

Ihr Michael Donth

besten als starke Union, wie der Blick auf die fast 70jährige Geschichte der Bundesrepublik zeigt. Dieser Geist sollte uns auch in den Tagen nach dem Europäischen Rat leiten, wenn wir die Ergebnisse bewerten.

Europa zusammenhalten.

Beim Europäischen Rat am 28./29. Juni stehen drängende Fragen für den Zusammenhalt Europas auf der Tagesordnung. Es wird um Migration, einen besseren Außengrenzschutz und die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asyl-systems (GEAS) gehen. Weitere Themen des Europäischen Rats sind Fortschrittsberichte im Bereich Sicherheit und Verteidigung sowie ein erster Meinungsaustausch zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 und den Zeitplan bis zu seiner Verabschiedung.

Für den Eurogipfel im erweiterten Format sind eine Bestandsaufnahme zur Wirtschafts- und Währungsunion geplant sowie – falls möglich – erste Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Bankenunion und des Europäischen Stabilitätsmechanismus.

In der vergangenen Woche hat sich der deutsch-französische Ministerrat auf Schloss Meseberg auf die gemeinsame Erklärung „Das Versprechen Europas für Sicherheit und Wohlstand erneuern“ verständigt. Darin sind gemeinsame Grundlinien für die Vorhaben des Europäischen Rates erarbeitet worden.

Griechenland kehrt an den Kapitalmarkt zurück.

Die Eurogruppe hat sich in der vergangenen Woche auf den Abschluss des dritten Hilfsprogramms für Griechenland geeinigt. Ein viertes Hilfsprogramm ist nicht erforderlich. Nach acht Jahren kann sich Griechenland wieder am Kapitalmarkt refinanzieren. Das Prinzip „finanzielle Hilfe als Gegenleistung für Re-formen“ hat gewirkt.

Die Mittel des 3. Hilfsprogramms brauchten nicht ausgeschöpft werden, von 86 Milliarden Euro wurden knapp 62 Milliarden Euro benötigt. Eine langfristige Schuldentragfähigkeit erfordert jedoch verbesserte Konditionen für den Schuldenbestand. Die Eurogruppe hat dazu ein Maßnahmenpaket entwickelt. Dieses umfasst – wiederum gegen Auflagen – die Umleitung von EZB-Gewinnen aus Ankäufen griechischer Staatsanleihen in die Reduzierung des griechischen Finanzbedarfs oder vereinbarte Investitionen, den Verzicht auf eine vorgesehene erhöhte Zinsmarge, Verschiebungen von Zins- und Tilgungszahlungen sowie Verlängerungen von Laufzeiten. Die Umsetzung dieser Finanzhilfevereinbarung bedarf der Zustimmung des Deutschen Bundestags.

Ein Schuldenerlass oder Schuldenschnitt ist nicht vorgesehen. Forderungen nach einem Rückkauf alter IWF-Darlehen sind ebenfalls vom Tisch. Der IWF bleibt mit seinen bisherigen Darlehen engagiert und wird auch mit seiner Expertise an der Nach-Programm-Überwachung mitwirken. Griechenland wird sich vierteljährlich einer verstärkten Überwachung durch die Institutionen stellen

müssen. Damit wird sichergestellt, dass die griechische Regierung auf Reformkurs bleibt.

II. Die Woche im Parlament

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 28./29. Juni 2018 in Brüssel und zum NATO-Gipfel am 11./12. Juli 2018 in Brüssel. Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU stehen neben der Debatte um Migrationsfragen und das Gemeinsame Europäische Asylsystem die Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 im Mittelpunkt. Zudem geht es um die erzielten Fortschritte bei Sicherheit und Verteidigung, Innovation und Digitales. Ungeachtet fortdauernder transatlantischer Spannungen soll vom NATO-Gipfel ein Zeichen der Geschlossenheit des Bündnisses ausgehen. Die Bundesregierung wird den Gipfel dazu nutzen, um das Zwischenziel von 1,5 Prozent-Verteidigungsausgaben des BIP bis 2024 darzustellen. Des Weiteren soll eine Ausbildungs- und Beratungsmission zur Unterstützung der Stabilisierung im Irak beschlossen werden.

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“.

Wir beschließen die Einsetzung einer Enquete-Kommission, die aufzeigen soll, wo und auf welche Weise die berufliche Aus- und Weiterbildung an die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt angepasst werden muss. Die Kommission soll dem Bundestag vor Ablauf der Legislaturperiode berichten.

Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe. Auf Grundlage der Empfehlung des Gesundheitsausschusses verabschieden wir eine Verordnung zur Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes vom Juli 2017. Kernaspekt des Gesetzes war, dass anstelle von drei verschiedenen Ausbildungsgängen künftig die Ausbildung in den drei Berufsfeldern Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege verzahnt wird. Die Auszubildenden können nach den ersten beiden Jahren generalistischer Ausbildung entscheiden, ob sie diese im dritten Jahr fortführen oder sich zum Kinderkranken- oder Altenpfleger ausbilden lassen wollen. Mit Beschluss der Verordnung regeln wir Detailfragen, damit die reformierten Ausbildungsgänge am 1. Januar 2020 starten können.

Herausforderungen durch die Rückkehr des Wolfes bewältigen und den Schutz von Weidetieren durch ein bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement gewährleisten. Die deutliche Zunahme der Wölfe in Deutschland führt zu wachsenden Konflikten, insbesondere in der Weidetierhaltung. Dies macht es erforderlich, naturschutzfachliche und landwirtschaftliche Interessen in einen angemessenen Ausgleich zu bringen. In unserem Koalitionsantrag fordern wir unter ande-

rem eine stärkere Einbeziehung der betroffenen Berufsgruppen bei der Entwicklung von Managementmaßnahmen, einen verbesserten und unbürokratischen Schadensausgleich für Weidetierhalter sowie eine Harmonisierung der Schutzmaßnahmen.

Abbiegeunfälle verhindern – Radfahrer und Fußgänger besser schützen. Der Schutz aller Verkehrsteilnehmer vor Unfällen ist ein vorrangiges Ziel der deutschen Verkehrspolitik. In unserem fraktionsübergreifenden Antrag begrüßen wir daher die Bemühungen der Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa für die Einführung technischer Einrichtungen zum Schutz von Fußgängern und Radfahrern vor abbiegenden LKW. Wir fordern die Bundesregierung unter anderem auf, nationale Regelungen zu prüfen und umzusetzen, sofern eine europäische Lösung nicht zeitnah vereinbart werden kann. Nicht zuletzt sollten Investitionen in Abbiegeassistenzsysteme in Nutzfahrzeugen verstärkt gefördert werden.

Deutschlands Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – Für eine dauerhaft friedliche, stabile und gerechte Ordnung in der Welt. Die erfolgreiche Kandidatur Deutschlands für einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat für die Periode 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2019 ist Ausdruck des Vertrauens in unser internationales Engagement. In dem mit dem Koalitionspartner eingebrachten Antrag bekräftigen wir unsere Bereitschaft, künftig mehr Verantwortung für den Erhalt der multilateralen Ordnung und für Krisenprävention und -lösung zu übernehmen. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, diese zwei Jahre dazu zu nutzen, um etwa die Blockade im Sicherheitsrat in der Syrien-Politik zu lösen, die Bemühungen um eine VN-Blauhelmtuppe an der ostukrainischen Grenze voranzubringen und das Pariser Klimaabkommen umzusetzen.

Gesetz zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes und des Bundesjagdgesetzes. In erster Lesung beraten wir einen Gesetzentwurf, der darauf abzielt, einen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest etwa durch Einschleppung in Deutschland zu verhindern. Das Gesetz ermöglicht weiterhin, alle notwendigen Vorbereitungen für einen möglichen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland zu treffen. Diese befällt Haus- und Wildschweine und tritt bislang vor allem in Polen und der Tschechischen Republik auf. Für den Menschen ist die Virusinfektion jedoch ungefährlich. Angesprochen sind unter anderem die notwendigen Befugnisse der zuständigen Behörden, zum Beispiel um bestimmte Gebiete abzusperren, den Personen- und Fahrzeugverkehr zu beschränken oder um die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen mit Blick auf die Auswanderung von Wildschweinen einzugrenzen.

III. Daten und Fakten

Fußball-WM: Jeder Dritte verfolgt Sportveranstaltungen online. Ob mit dem Tablet in der Bahn oder via Liveticker auf dem Smartphone – dank immer umfangreicherer Online-Angebote steigt die Zahl der Nutzer, die Sportereignisse im Internet verfolgen. Im vergangenen Jahr griff jeder dritte

Internetnutzer auf Livestream oder Liveticker zurück. 2016 waren es noch 23 Prozent gewesen. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Bitkom-Studie. Gefragt nach den verwendeten Geräten gibt mehr als die Hälfte aller Befragten (54 Prozent) an, das Smartphone für Live-Übertragungen zu nutzen. Nahezu gleichauf liegt der heimische Smart-TV (53 Prozent). Entgegen anderslautender Vermutungen profitieren von der zunehmenden Beliebtheit von Online-Angeboten vor allem die öffentlich-rechtlichen Sender: Zu den meist genutzten Angeboten im Netz gehören für 48 Prozent der Befragten die Programme von ARD und ZDF. Auch hier stieg die Zahl der Nutzer von 44 Prozent 2016 auf 48 Prozent 2017. (Quelle: Bitkom)

Kostenpflichtige Filme und Serien bei Senioren immer beliebter. Während die öffentlich-rechtlichen Sender für Sportübertragungen im Internet an Attraktivität gewinnen, sehen sie sich im Bereich Filme und Serien immer größerer Konkurrenz durch kostenpflichtige Videostreaming-Dienste ausgesetzt. 37 Prozent der Internetnutzer, und damit zwei von fünf Personen, streamen Filme und Serien über kostenpflichtige Portale wie etwa Amazon Prime Video, Netflix oder Sky Ticket. 2017 waren es nur 29 Prozent. Dass vor allem junge Menschen zwischen 14 und 29 Jahre auf die Angebote zurückgreifen, überrascht wenig. Hier nutzt jeder Zweite kostenpflichtige Dienste. Doch auch die über 65-Jährigen wissen diese Angebote immer mehr zu schätzen. Die Nutzerzahlen stiegen hier von noch 8 Prozent 2016 auf aktuell 20 Prozent. (Quelle: Bitkom)

IV. In eigener Sache

14 Millionen für Reutlingens saubere Luft

Diese Woche klingelte bei mir mitten in der Nacht das Telefon. Am Apparat mein Kollege Rüdiger Kruse (ebenfalls CDU) und zuständiger Berichterstatter für den Verkehrsetat im Haushaltsausschuss des Bundestages. Grund des Anrufes aus der Bereinigungssitzung für den Bundeshaushalt: für sauberere Reutlinger Luft sind 14,1 Millionen Euro eingeplant.

Dies hat der Haushaltsausschuss in seiner abschließenden Sitzung, der sogenannten Bereinigungssitzung in der Nacht zum Donnerstag beschlossen. Es handelt sich um die Unterstützung der Kommunalen Modellvorhaben in Ergänzung zum Sofortprogramm „Saubere Luft 2017-2020“. Zu diesen Modellkommunen gehören neben Reutlingen die Städte Bonn, Essen, Herrenberg und Mannheim. Hier soll beispielhaft erprobt werden, wie sich verschiedene Maßnahmen, darunter auch Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr, auf die Luftreinhaltung auswirken.

Hierzu konnten die Städte Vorschläge einreichen. Insgesamt sind dafür 125 Millionen Euro vorgesehen, aufgeteilt in 19,9 Millionen Euro für das laufende Jahr 2018 sowie 75,7 Millionen Euro als

Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2019-2021. Der Rest soll im bald folgenden Haushalt 2019 etatisiert werden.

Ich freue mich riesig über diese großartige Nachricht meines Kollegen. Damit kann im Reutlinger Nahverkehr ein verbilligtes Jahresticket für 365 Euro im Jahr beziehungsweise einen Euro am Tag angeboten werden, außerdem gibt es Geld für Carsharing und ein neues Stadtbusnetz. Das ist nach dem Zuschuss über 210.000 Euro vor zwei Wochen für das elektronische Fahrgastinformationssystem in Echtzeit bereits der zweite Zuschuss, mit dem wir im Bund den Nahverkehr in Reutlingen zusätzlich unterstützen, um die Luftqualität zu verbessern.



Timo Frank aus Bad Urach erlebt fast realen Abgeordnetenalltag

Die Arbeit eines Abgeordneten einmal wirklich erleben. Nicht nur mitgehen und zuhören, sondern selbst in die Rolle eines MdB schlüpfen. Das erlebt gerade Timo Frank aus Bad Urach. Er nimmt am Programm "Jugend und Parlament" des Deutschen Bundestages teil. Er ist dabei Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und ringt mit seinen Kollegen um Positionen und Mehrheiten. Natürlich gehört dann auch eine Sitzung im Plenarsaal mit Debatte dazu.

V. Ausgewählte Termine im Wahlkreis (und darüber hinaus)

Datum	Uhrzeit	Veranstaltung	Ort
29.6.	16:00	Aufsichtsratssitzung der Kresikliniken	Reutlingen, Landratsamt
	18:00	Jahreshauptversammlung JU Ermstal-Alb	Dettingen, „Linde“
	20:00	Regionalkonferenz CDU Kreisverband	Engstingen, Hydepark
30.06.	10:00	Eröffnung Bettengeschäft Frank Höffner	Bad Urach
	11:00	Einweihung Werk II der Paul Dümmel Werkzeugfabrik	Hülben